

KVD Dahm führte aus, dass die Lage in den belgischen Atomanlagen Doel und Thiange hohe Sicherheitsrisiken in sich berge. Einen sicheren Schutz vor Atomstrahlung gebe es nicht, die Wirkung schwäche sich jedoch mit zunehmender Entfernung ab. Der anlageninterne Notfallschutz sei Sache des Betreibers, der anlagenexterne Notfallschutz sei Angelegenheit der Behörden (Bundes-, Landes-, Kreisbehörden, Kommunen). Es existiere eine sog. Strahlenschutzkommission als Fachgremium, deren Planungsaussagen bundesweit Verbindlichkeit besitzen würden. Die Strahlenschutzkommission habe, bezogen auf diese beiden Kraftwerke, in einem Radius von bis zu 100 Kilometern Planungszonen gebildet und Empfehlungen zu Schutzmaßnahmen abgegeben. Der Rhein-Sieg-Kreis liege Luftlinie 120 bis 200 Kilometer von den Kraftwerken entfernt und damit nicht innerhalb dieser Planungszonen. Der Rhein-Sieg-Kreis zähle damit zum Bundesgebiet, für das die Bevorratung von Jod-Tabletten für die Bevölkerungsgruppe der unter 18-jährigen sowie Schwangeren und stillenden Müttern vorgesehen sei. Das Land NRW habe sich bisher als einziges Bundesland dazu entschlossen, Jod-Tabletten zu beschaffen und zu bevorraten. Die Verteilung der Jod-Tabletten erfolge prioritätenabhängig, je nach Einstufung der Planungszonen durch die Strahlenschutzkommission.

Die Beschaffung der Tabletten durch das Land NRW sei für Herbst 2016 avisiert. Bezüglich der Verteilungsmodalitäten sei der Landkreistag NRW an das Land NRW mit dem Anliegen der Erstellung von Konzepten und Rahmenbedingungen herangetreten, die für alle Kreise gelten sollen. Diese stehen noch aus. Aus einer Erlasslage der vergangenen Woche sei jedoch erkennbar, dass das Land NRW an der Konzeptionierung interessiert sei und sich beteiligen wolle. Die Umsetzung eines solchen Konzeptes sei dann Sache der Kreise. Vor diesem Hintergrund werde man alsbald die Planungen mit den Städten und Gemeinden aufnehmen. Das ganze Thema sei sehr komplex. Bestimmte Medikamentenprodukte dürfe man außerhalb des Katastrophenfalles nicht einfach weiterreichen. Insofern seien auch rechtliche Vorgaben zu beachten. Daher sei eine sorgfältige Planung der Bevorratung und Verteilung notwendig. Eventuell könnten hier auch Krankenhäuser und Apotheken eine Rolle spielen. Erster Ansprechpartner seien aber die Städte und Gemeinden, da das Erschließen dieser Personenkreise schwierig sei.

Technisch habe sich der Kreis bereits zur Messung von Strahlenbelastungen ausgestattet. Letztlich sei es Sache des Landes NRW, ein Messkonzept liege vor. Dieses stelle im Rhein-Sieg-Kreis auf einen ABC-Erkunder des Bundes ab. Da dieses Fahrzeug jedoch bei einer Lage vorrangig in den Planungszonen eingesetzt werden dürfte, habe der Kreis entsprechende Mess-Ausstattungen beschafft, so dass man 18 Strahlenspürtrupps im Kreisgebiet einsetzen könne. Des Weiteren verfüge der Kreis über ein Sirenenwarnsystem und bediene sich Radiodurchsagen und eines Bürgertelefons, um alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises zu erreichen. Zusätzlich werde derzeit noch an der Einsatzbereitschaft der Warn-App des Bundes „NINA“ gearbeitet, die über Handy auch lokale Warnungen im Falle von Schadenslagen ermögliche. Außerdem entwickle KBM Engstenberg Ausbildungsprogramme für den Krisenstab, die Koordinierungsgruppe und Einsatzleitungen. Hier solle auch die technische Unterstützung der Krisenstabsarbeit verbessert werden.

Abg. Söllheim bat um Vorstellung der Konzepte in einer der nächsten Ausschusssitzungen.

SkB Koch regte an, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Bürgerinnen und Bürger auf die möglichen schädlichen Folgen bzw. die Risiken einer Selbstmedikation mit Jod hinweise. Des Weiteren erkundigte er sich nach den Gründen, warum die Warn-App im Rhein-Sieg-Kreis noch nicht funktioniere.

KBM Engstenberg erläuterte, dass man technisch in der Lage sei zu alarmieren, jedoch gebe es ein Problem mit den Apple-Geräten. Seitens des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und

Katastrophenhilfe (BBK) sei für das Frühjahr diesen Jahres ein Update zugesagt worden, das Problem sollte schon längst behoben sein. Die Warn-App werde erst vermarktet, wenn sie voll funktionstüchtig sei.

Abg. Steiner sagte, dass Hintergrund der Anfrage gewesen sei, der Bevölkerung im Rhein-Sieg-Kreis klarzumachen, dass der Rhein-Sieg-Kreis in einem Ernstfall handlungsfähig sei und sie frühzeitig informiert werde. Im Ernstfall sei die Versorgung mit Jod-Tabletten nebensächlich. Die Nachbarländer sollten sich um ihren Bevölkerungsschutz kümmern und damit meine er nicht nur Belgien.

Abg. Gasper bat, in den noch vorzustellenden Konzepten auch rollende Strahlenbelaster (radioaktive Transporte auf Straße und Schiene) zu berücksichtigen.